

Die innerpolitische Lage.

Budapest, 11. Oktober.

Das Bild, das wir in unserem heutigen Abendblatt von der innerpolitischen Lage entworfen haben, hat auch im Laufe des heutigen Tages keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Tatsache, daß der Präsident des Magnatenhauses Baron Julius Blässics nicht geneigt erscheint, die Aufgabe der Entwirkung zu übernehmen, erhellt auch aus dem Umstande, daß Geheimrat Reichstagsabgeordneter Ludwig v. Návay sich nach Wien begeben hat, wo er vor dem König in Audienz erscheinen wird.

Eine ausführliche Darstellung der Situation hat heute Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle selbst gegeben, in bedeutsamen Ausführungen, in denen er die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Achtundvierziger Verfassungspartei über die Lage informierte. Wir teilen diese Ausführungen des Ministerpräsidenten in folgendem mit:

Zu bemerken ist noch, daß die Gerüchte, die mit durchsichtiger Tendenz zu erzählen wissen, daß sich Graf Stefan Tisza vom politischen Leben zurückziehen wolle, in entschiedener Weise dementiert werden. Diese Gerüchte, die in kräftigem Widerspruch zu dem stehen, was Graf Stefan Tisza gestern im Klub der Partei der nationalen Arbeit erklärt hat und was aus dem Wesen seiner Persönlichkeit folgt, zeigen, daß an einzelnen Stellen unseres politischen Lebens auch in dieser so stark umwandelnden Zeit auf die ältesten Mittelchen nicht verzichtet wird.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle.

Der Vollzugsausschuß der Achtundvierziger Verfassungspartei hielt heute abend eine Sitzung, in der Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und die Minister Graf Béla Serényi, Baron Josef Szterényi, Alexander Popovics, Graf Mladár Jichy, Gustav Körh und Karl Uffelhuber anwesend waren.

Präsident Franz v. Noykgr eröffnete die Sitzung und ersuchte den Ministerpräsidenten, die Mitglieder des Vollzugsausschusses über die auslands- und inlandspolitische Lage zu informieren.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle schilderte die Situation in längerer Rede. Betreffend die auslandspolitische Lage, so führte er aus, ist es bekannt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf die an ihn gerichtete Note zwar nicht uns, doch dem Deutschen Reich die Antwort erteilt hat. Es handelt sich jetzt darum, welche Note von Deutschland auf diese Antwort ergehen soll. Diesbezüglich müssen wir ein gewisses gemeinsames Vorgehen mit Deutschland befolgen, denn in der Note Wilsons wird nicht nur von Deutschland, sondern überhaupt von den Zentralmächten verlangt, daß sie die besetzten Gebiete räumen. Das interessiert auch uns, denn es enthält eine Frage, die vermittelt im Wege Deutschlands an uns gerichtet wird.

Betreffend die Auslandspolitik erwähne ich, daß wir den Vertrag mit Finnland ratifiziert haben, auch der Vertrag mit Rußland ist ratifiziert, hingegen hat das Abkommen mit der Ukraine die Ratifikation noch nicht erhalten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß auch der rumänische Vertrag in nächster Zeit ratifiziert werden wird. Mit der auslandspolitischen Lage hängt auch die Frage des Friedensschlusses und die Vertreibung Ungarns aus Anlaß dieses Friedensschlusses zusammen. Betreffend die Bedingungen des Friedens ist ein Abkommen mit Deutschland zustande gekommen, laut dem wir gemeinsam für alle Fälle die Bedingungen des zu schließenden Friedens ansarbeiten werden. Diese Punkte sind jetzt in Ausarbeitung. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht nur die beiden Friedensverhandlungen geltenden Prinzipien festgelegt werden, sondern auch, daß Ungarn bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sei. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß Ungarn den Friedensvertrag separat abschließen. Das aber können wir verlangen und dafür müssen wir sorgen, daß die Interessen Ungarns bei dem Friedensschluß durch einen entsprechenden ungarischen Staatsmann unmittelbar vertreten und verteidigt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich wünsche mich noch über die österreichischen Zustände zu äußern, die heute allbekannt sind. Unsere Lage hat sich gegenüber Oesterreich wesentlich geändert. Hier stehen wir heute schon fertigen Tatsachen gegenüber.

Es ist bekannt, daß wir in der südslavischen Frage den Standpunkt eingenommen haben, der Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien nicht entgegenzutreten. Wir können dagegen auch nicht Stellung nehmen, denn es beruht auf unseren Gesetzen. Ganz anders liegen die Dinge betreffend Bosnien-Herzegowina. Diesbezüglich nahmen wir den Standpunkt ein, es soll von der Entschlieung von Bosnien-Herzegowina abhängig gemacht werden, ob es an Kroatien oder an uns angeschlossen werden soll.

Betreffend die Nationalitätenfrage haben wir in bezug auf die Friedensverhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß allgemeine Prinzipien festgestellt werden, und zwar sollen diese allgemeinen Prinzipien als internationales Recht und als gemeinsames Abkommen der eventuell dem Völkerbund beitretenden Staaten festgestellt werden, und zwar so, daß sie Anwendung finden nicht nur bei uns, sondern auch in den Ententestaaten. Die Festlegung solcher prinzipiellen Grundlagen ist unser Bestreben und wir hoffen, daß es gelingen wird, diesen Standpunkt geltend zu machen, wenn die Note Wilsons und die an diese anknüpfenden Reden nach ihrem Geiste erklärt werden, das heißt, die Verhältnisse der den Völker-

Ministerrat.

Magyar Ludófitó berichtet: Heute um 1 Uhr mittag fand im Palais des Ministerpräsidenten ein Ministerat statt, in dem Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle die in der Hauptstadt weilenden Mitglieder des Kabinetts über die allgemeine politische Lage informierte.

Die Audienz des Barons Julius Blässics.

Aus Wien wird berichtet: Der König empfing heute den Präsidenten des Magnatenhauses Baron Julius Blässics in längerer Privataudienz.

Ein Dementi.

Magyar Ludófitó meldet: Einige Blätter verbreiten in Anknüpfung an die gestrigen Erklärungen des Grafen Stefan Tisza im Klub der Partei der nationalen Arbeit die falsche Nachricht, Graf Stefan Tisza habe erklärt, daß er sich vom politischen Leben zurückziehe. Graf Stefan Tisza hat eine derartige Erklärung überhaupt nicht getan und die ganze Nachricht ist nur tendenziöse Erfindung.

Heimkehr des Grafen Michael Karolhi.

Graf Michael Karolhi hat in Wien mit verschiedenen österreichischen Politikern, darunter mit Grafen Silo-Larouca, Professor Lammasch und mehreren Führern der sozialdemokratischen Partei Besprechungen gepflogen. Er ist mittags mit dem Schnellzug nach Budapest abgereist und hat verfügt, daß die Mitglieder seiner Partei Samstag, 6 Uhr abends, zu einer vertraulichen Besprechung zusammentreten.

Die Einberufung des Abgeordnetenhauses.

Wie Politikai Szórád meldet, hat die Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei beschlossen, das von über sechzig Abgeordneten unterfertigte Ansuchen um Einberufung des Abgeordnetenhauses morgen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu übermitteln. Das Gesuch ist nach dieser Quelle auch von Mitgliedern der Bizonypartei unterfertigt.

Eine Kundgebung der sozialdemokratischen Parteileitung.

Die Leitung der ungarländischen sozialdemokratischen Partei läßt durch die Korrespondenz Munkás Szórád eine Resolution verbreiten, laut der die Parteileitung beschlossen hat, mit jenen Parteien, die an der Schaffung der letzten Wohlfahrt teilgenommen haben — welche Beiräumung diese auch haben mögen —, nicht in Verhandlungen zu treten und gegen jeden Versuch Stellung zu nehmen, der nicht einen Wechsel im auslands- und inlandspolitischen Kurs bedeutet.